



September/Okttober 1996

Solidaritätspreis: öS 20.-

# VORWÄRTS

**SOV**  
SOZIALISTISCHE OFFENSIVE VORWÄRTS**Sozialistisch ★ Antifaschistisch ★ International****öS 8.-**

Zeitung der Sozialistischen Offensive Vorwärts

erscheint seit 1983

Nummer 67

# Denkzettel, aber von links!

## International gegen Sozialabbau



**Nein zum Europa der Konzerne!  
Ja zum Europa der ArbeitnehmerInnen!**

Europawahl am 13.Okttober

*Vor dem EU-Beitritt haben SPÖ und ÖVP das Blaue vom Himmel versprochen. Es würden Arbeitsplätze gesichert und geschaffen. Soziale und ökologische Standards würden gehalten oder sogar verbessert. Und nun? Rekordarbeitslosigkeit - Sparpakete - Genmanipulierte Nahrungsmittel! "Uns schlägt der blanke Hass der Bevölkerung entgegen" (ein ÖVP-Politiker). Einer darf davon nicht profitieren: Jörg Haider. Deshalb treten wir am 13.Okttober als linke Alternative an.*

von Sonja Grusch,  
*SOV-Kandidatin für das  
Europäische Parlament*

Vranitzky vorher: "Wenn wir nicht beitreten, müssen wir Steuern erhöhen". Nachher: Sparpakte 1 und 2. Frauen wurde das Karenzgeld gekürzt, Arbeitslose um die Notstandshilfe gebracht, SchülerInnen und StudentInnen die Zukunft gestohlen.

### Denkzettel für Sozialabbauer

Die Steuern, vor allem für KleinverdienerInnen, wurden erhöht, und wer das Pech hat, krank zu sein, muß noch mehr zahlen. Keine dieser Maßnahmen trifft die Vranitzkys und Schüssels, die mit ihren Spitzengehältern jeden Bezug zur Realität eines normalen Menschen verloren haben. Gleichzeitig sind rund eine Million Menschen in Österreich akut von Armut bedroht.

### Denkzettel für Jobkiller

Die Arbeitslosigkeit erreicht Spitzenwerte. Durch Ausgliederungen, Verlagerungen und Schließungen gehen Jahr für Jahr zehntausende Jobs für immer verloren. Die Arbeitsmärkte versuchen nun, rund 10 % der Langzeitarbeitslosen um ihre Notstandshilfe zu bringen. Die Jobs, die geschaffen werden, sind Teilzeitarbeitsplätze oder Stellen für geringfügig Beschäftigte. Die Unternehmer nutzen das, um von den Beschäftigten Lohnkürzungen, unbezahlte Mehrarbeit und Verschlechterungen der Sozialleistungen zu erpressen.

### Denkzettel für die kapitalistische EU

Die EU bzw. der Vertrag von Maastricht werden geschaffen, um Profitmachen zu erleichtern. Durch die immer schärfere Konkurrenz vom NAFTA-Block, unter Führung der USA, und aus Südostasien mit Japan an der Spitze wird es für die europäischen Kapitalisten enger. Sie haben sich daher zusammengeschlossen, um gemeinsam gegen die europäischen ArbeitnehmerInnen vorzugehen. Offiziell geht es in der EU auch um Sozialpolitik, Sicherheit und Umweltschutz. Tatsächlich werden die Beschäftigten der verschiedenen Standorte gegeneinander ausgespielt - wie jetzt bei Semperit und Grundig. Der britische Premier Major meint: "Soziale Mindeststandards bringen der Wirtschaft nur einen Wettbewerbsnachteil gegen USA und Japan." Die EU soll die Wettbewerbsbedingungen für das Kapital herstellen: auf Kosten der Masse der ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen.

### Denkzettel für die blaue Scheinopposition

Jörg Haider will von der Wut der Menschen über den großen Betrug profitieren. Er stellt sich als Vertreter der ArbeitnehmerInnen und sozial Schwachen, als Bewahrer der österreichischen Wirtschaft dar. Der Millionär Haider ist aber selbst ein Ober-Sozialabbauer. Patriot Haider? Seine Wahlkampfvideos werden in südostasiatischen Billiglohnländern hergestellt. Er will die Frauen zurück an den Herd, die AusländerInnen aus dem Land und die Linken auf den

Mond schicken. Er tritt ein für Arbeitsdienst, für Lohnkürzungen in Niedriglohnbranchen, Steuererleichterungen für Reiche und totale Streichung von Sozialleistungen. Er steht für ein Programm von Angriffen, welches noch weit über den momentanen Sozialabbau hinausreicht.

### Am 13. Oktober - SOV

Neu ist bei diesen Wahlen, daß für viele ArbeitnehmerInnen die SPÖ - wegen ihrer Sozialabbau- und EU-Politik - völlig unwählbar ist. Es ist richtig, der Regierung und der SPÖ-Führung eine Watschn - wie sie SPÖ-Kandidat Ettl befürchtet - zu verpassen. Die SOV kandidiert daher am 13. Oktober gemeinsam mit der KPÖ. Wir wissen, daß wir eine kleine Kraft sind und momentan nur begrenzte Unterstützung erhalten werden. Aber wir zeigen, daß Widerstand möglich ist. In anderen Ländern hat es schon offenen Protest gegen die Maastricht-EU gegeben. In Frankreich, Belgien, Deutschland, Schweden... haben ArbeitnehmerInnen, Frauen, Jugendliche und PensionistInnen gezeigt, wie's geht. Links zu wählen ist nicht genug - es ist notwendig, auch über den 13. Oktober hinaus, Widerstand zu organisieren und europaweit zu vernetzen!

### Semperit

### International gegen Sozialabbau!

### Zypern

**InfoLine: ① 0222 / 524 63 10 ★ Fax 524 63 11**

**Der Standpunkt****Worum kandidiert die SOV mit der KPÖ?**

In der letzten Vorwärts-Nummer hat die Bundesleitung der SOV einen Aufruf zur Bildung eines linken Wahlbündnisses für die Europaparlamentswahl veröffentlicht. Die Reaktion: Nur die KPÖ antwortete. Das Ergebnis: Am 13. Oktober wird bundesweit eine Linke Alternative - ein Bündnis aus KPÖ und SOV, unterstützt von JRE und der ÖDP - aufgestellt. Die Vereinbarung zwischen KPÖ und SOV ist ein organisatorischer Kompromiß: "Klein-KPÖ" (was-wann-wo-wie ist) spielt in den Sphären "konkreter Politik" - was ein Wahlkampf wohl ist - eine große Rolle. Trotzdem sind die politischen Hintergründe, Positionen und Erwartungen wesentlicher.

**SOV-Position zur KPÖ**

Die KPÖ ist heute eine schwache, isolierte und überalterte Partei. Sie ist trotzdem die relativ stärkste Kraft auf der Linken. Sie ist eine Partei, die - historisch wie aktuell - mit vielen Widersprüchen behaftet ist: 1918 als revolutionäre Organisation gegründet, wurde sie - wie alle KP's - in den 20er und 30er Jahren "stalinisiert" und verließte bis zum bitteren Ende die Politik der jeweiligen Kremföhlung. Sie konnte, außer zwischen 1934 und 1945, niemals wirklichen Einfluß gewinnen und verspielte viele mögliche Ansatzpunkte dafür. Nichtsdestotrotz: KPÖ-Mitglieder leisteten den höchsten Blutzufluss im Kampf gegen den Faschismus. In der Geschichte der Zweiten Republik waren es oft "kleine" KP- Funktionäre, die in den Betrieben und Gemeinden den einzigen Ansatzpunkt einer linken Opposition darstellten. Die KPÖ vertritt zur EU zwei - unserer Meinung nach sich widersprechende - Positionen: Raus aus der EU, für die Unabhängigkeit Österreichs, nationale Handlungsspielräume wiedererlangen etc. - wir finden an dieser Linie nichts Fortschrittsreiches oder gar spezifisch Kommunistisches. All diese strategischen Forderungen werden auch von rechten Gruppen erhoben. Zurecht, denn sie stellen die Gegensätze zwischen Nationen und Nationalstaaten über jene zwischen den Klassen. Dies ist ein rückwärtsgewandtes, nicht sehr realistisches Konzept, welches die tatsächlich überhaupt nicht heiße kleine Welt der Vergangenheit jederherstellen möchte.

**Politischer Konsens**

Andererseits fordert die KPÖ, daß Arbeitnehmer und Jugendliche über alle Grenzen hinweg "International" gegen Sozialabbau vorgehen müssen. Auf dieser Basis, gegen die globalen Unternehmensstrategien aufzutreten, ist es gelungen, zwischen KPÖ und SOV einen politischen Konsens zu erreichen. Sowohl KPÖ als auch SOV sind darüber hinaus der Überzeugung, daß es notwendig ist, ins politische Geschehen aktiv einzutreten und bei den Wahlen am 13. Oktober eine Linke Alternative anzubieten. Organisatorischer Kompromiß und politischer Konsens über eine gemeinsame Wahlkampflinie haben das Projekt eines Wahlbündnisses zwischen zwei sehr unterschiedlichen Organisationen ermöglicht. Wir bekennen uns dazu, mit jedem, der bereit ist, sich an der notwendigen Neuformierung der österreichischen Linken zu beteiligen, zusammenzutun. Wie sehr die KPÖ dazu bereit ist, gilt es am 14. Oktober Bilanz zu ziehen.

**Wiener Wahlen**

# Schlüß mit der Hetze!

Die Wiener Gemeinderatswahlen werden, wie zu erwarten, wieder von einem Thema überschattet sein: der AusländerInnenhetze. Kein Tag vergeht, kein Bezirksjournal erscheint, in dem die FPÖ nicht ihre Propaganda von „Überfüllung“ und „multikriminellem Gesellschaft“ auf die Spitze treibt.

von David Mum,  
SOV-Bundestellung

Die Wiener SPÖ präsentiert sich mit zwei Punkten: 1) Staatstragend wie nie zuvor - Motto: "Wer oder das Chaos". 2) Wir sind in der Ausländerfrage und bei der Sicherheitspolitik der bessere Haider."

**Der bessere Haider?**

Sie tut das ungeachtet der Tatsache, daß sie so schon einige Wahlgänge verloren hat, bei denen die FPÖ kräftig zugelegt haben. Die Wi-

**Gesundheitswesen: Einführung der Krankenschein-Gebühr**

## Selbstbehalt = Sozialabbau

**Die Gesundheit der Menschen kostet zuviel. Nein. Nicht die Gesundheit aller Menschen. Wir reden hier von der Gesundheit der ArbeitnehmerInnen und ihrer Familien, die der gesetzlichen Pflichtversicherung unterliegen. Die Krankenversicherungen der ASVG sind pleite und überleben nur durch staatliche Subventionen - die ja auch aus Steuern der ArbeitnehmerInnen bezahlt werden. Also wird die Forderung nach Einführung neuer Selbstbehalt im Gesundheitswesen immer stärker vorgebracht.**

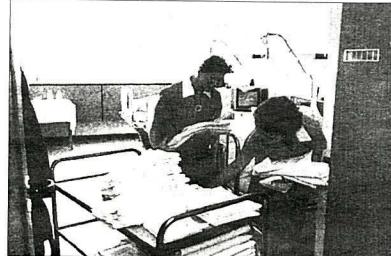
von Thomas Kerschbaum  
Personalvertreter  
in der Gemeinde Wien

Von wem? Von der Koalitionsregierung SPÖ-ÖVP, von FPÖ und LIF, der Bundeswirtschaftskammer, der Industriellenvereinigung. Grundsätzlich ist das System der Krankenversicherung - ganz auf Sozialpartnerschaft zugeschnitten - so gedacht, daß die finanziellen Lasten zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite aufgeteilt sind. Allerdings stimmt dies nicht mit der Realität überein.

**Wir sollen zahlen**

Neben den vielen Selbstbehalten, die es schon jetzt gibt - wie die Gebühr für Medikamente (die erhöht wurde) und das Taggeld im Spital - kommt der Krankenstandort auf den Urlaub, Verringerung der Krankenbezugsdauer und des Krankengeldes, Freigabe von mehr Medikamenten und Erhöhung der Selbstversorgung. Das LIF fordert außerdem die Abschaffung der Pflichtversicherung. Alle bürgerlichen Politiker und die Unternehmerverbände setzen sich durch: Mehr und höhere Selbstbehalt.

Die ÖVP verteidigt die Selbstbe-



halte so: Bessere Steuerung des Gesundheitswesens, weil die ArbeitnehmerInnen und ihre Familienmitglieder sich jetzt genauer überlegen, - bei einem Arztbesuch nötig ist. Es sind aber nicht nur die Selbstbehalte: Regierung und Krankenkassen bauen durch verschiedene Maßnahmen - wie Verschärfung der Chefarzt-Pflicht für viele Behandlungen, verstärkte Kontrolle bei Krankenständen, Verteilung der Leistungen des Gesundheitswesens, Reduzierung der Leistungen der Krankenkassen - neue, immer höhere Hürden für die PatientInnen.

**Widerstand jetzt!**

Und die Gewerkschaften? Die Vertreter des ÖGB im Parlament haben dem Gesundheits-Sparpaket allesamt zugestimmt. Aus der GPA und der Wiener SPÖ ist leider verbaler Protest gekommen - aber ohne Konsequenzen. Die ÖGB-Spitze hat sogar ein eigenes Sparpaket mit der Wirtschaftskammer erstellt. Eines ist sicher: Dies war nicht das letzte Sparpaket im Gesundheitsbereich - die Forderungen der Kapitalisten gehen viel weiter. Wenn werden die Gewerkschaften den Widerstand ernsthaft aufnehmen und für eine Verbesserung des Gesundheitswesens kämpfen?

**Niedrigverdiener werden bei Abzugsteuer benachteiligt**

Zusätzlich wird von diesen Werkverträgen und freien Dienstverträgen noch eine Steuer von 20 % abgezogen, eine Vorauszahlung auf die Einkommenssteuer. Doch diese Abzugssteuer führt dazu, daß Menschen mit niedrigem Einkommen aus Werkverträgen und freien Dienstverträgen mehr an Steuer abführen als sie zahlen müßten. Der Differenzbetrag soll zwar im folgenden Jahr rückersetzt werden, aber trotzdem ist dies ein zinsloser Kredit an den Staat.

Bei Großvermögen bewegt sich die Vorauszahlung in der Höhe der Einkommenssteuer und bedeutet daher keinen finanziellen Nutzen. Nur: Die Realität war doch so, daß z.B. viele StudentInnen oder Leute, die am Existenzminimum leben müssen, oft ihre Einkünfte auf Honorarbasis nicht versteuert haben. Diese Abzugssteuer bedeutet daher einen empfindlichen Einkommensverlust. Natürlich ist es sinnvoll, daß z.B. beschäftigte StudentInnen auch kranken- und pensionsversichert sind. Doch man muß auch berücksichtigen, daß diese nun wirklich viel we-

mergesprächen gezeigt: Diese sollen eben die eigenen Erwartungen unterschreien. Genau durch eine solche Politik wird die soziale Basis für AusländerInnenfeindlichkeit und Rassismus geschaffen.

Der SPÖ-Führung ist sich auch be-

wußt, daß Sozialabbau und Armut aus, sich in manchen Fragen - wie der Krankenschein-Gebühr - als sozialer und gesundheitsrechter als die Bundespartei darzustellen - und dem Sparpaket zuzustimmen. Sie will die F stoppen, indem sie ausländerfeindliche Politik im Wahlkampf verstärkt. Die von der SPÖ kontrollierte Stadtverwaltung - insbesondere die MA 62 - legt eine vollkommen willkürliche Praxis (wie nie zuvor) an den Tag. Seit Jahren lieben lebende AusländerInnen werden schikaniert und ausgewiesen. Stadtrat Johann Hatzl ist von der Notwendigkeit, Kinder abzuschließen, überzeugt und tritt für die Abschiebung wegen Schnellfahrers oder Falschparkens ein, weil hier "mangelnder Integrationswill" vorliege.

Nicht nur, daß hinter dieser Aussage eine Assimilierungsökologie steht, die alles Gerede von einer multikulturellen Gesellschaft verhöhnt. Es wird hier offensichtlich von AusländerInnen etwas verlangt, was ein Großteil der InländerInnen nicht sehr ernstnimmt.

Auch der Grundsatz "Gleiches Recht für alle" wird dort vergessen, wer er anzuwenden wäre. Obwohl die SPÖ-Wien schon in den 80er Jahren das Kommunalwahlrecht für AusländerInnen befürwortet hat, will sie die von heute rein gar nichts wissen. Als Casper Einem meinte, man solle den Arbeitsmarkt nicht nur für seit 5 Jahren hier lebende TürkInnen öffnen, was ein Assoziationsabkommen der Türkei mit der EU gebietet, sondern für alle AusländerInnen, die seit über fünf Jahren hier leben, waren es wieder die Wiener "Genossen", die vehementen Widerstand leisteten. Bezuglich eines „mangelnden Integrationswunsches“ sollten sich diese "Genossen" selbst bei der Nasen nehmen.

**Stimmenfang um jeden Preis**

mergesprächen gezeigt: Diese sollen eben die eigenen Erwartungen unterschreien. Genau durch eine solche Politik wird die soziale Basis für AusländerInnenfeindlichkeit und Rassismus geschaffen.

Der SPÖ-Führung ist sich auch be-

wußt, daß Sozialabbau und Armut aus, sich in manchen Fragen - wie der Krankenschein-Gebühr - als sozialer und gesundheitsrechter als die Bundespartei darzustellen - und dem Sparpaket zuzustimmen. Sie will die F stoppen, indem sie ausländerfeindliche Politik im Wahlkampf verstärkt. Die von der SPÖ kontrollierte Stadtverwaltung - insbesondere die MA 62 - legt eine vollkommen willkürliche Praxis (wie nie zuvor) an den Tag. Seit Jahren lieben lebende AusländerInnen werden schikaniert und ausgewiesen. Stadtrat Johann Hatzl ist von der Notwendigkeit, Kinder abzuschließen, überzeugt und tritt für die Abschiebung wegen Schnellfahrers oder Falschparkens ein, weil hier "mangelnder Integrationswill" vorliege.

Nicht nur, daß hinter dieser Aussage eine Assimilierungsökologie steht, die alles Gerede von einer multikulturellen Gesellschaft verhöhnt. Es wird hier offensichtlich von AusländerInnen etwas verlangt, was ein Großteil der InländerInnen nicht sehr ernstnimmt.

Auch der Grundsatz "Gleiches Recht für alle" wird dort vergessen, wer er anzuwenden wäre. Obwohl die SPÖ-Wien schon in den 80er Jahren das Kommunalwahlrecht für AusländerInnen befürwortet hat, will sie die von heute rein gar nichts wissen. Als Casper Einem meinte, man solle den Arbeitsmarkt nicht nur für seit 5 Jahren hier lebende TürkInnen öffnen, was ein Assoziationsabkommen der Türkei mit der EU gebietet, sondern für alle AusländerInnen, die seit über fünf Jahren hier leben, waren es wieder die Wiener "Genossen", die vehementen Widerstand leisteten. Bezuglich eines „mangelnden Integrationswunsches“ sollten sich diese "Genossen" selbst bei der Nasen nehmen.

Als Casper Einem meinte, man solle den Arbeitsmarkt nicht nur für seit 5 Jahren hier lebende TürkInnen öffnen, was ein Assoziationsabkommen der Türkei mit der EU gebietet, sondern für alle AusländerInnen, die seit über fünf Jahren hier leben, waren es wieder die Wiener "Genossen", die vehementen Widerstand leisteten. Bezuglich eines „mangelnden Integrationswunsches“ sollten sich diese "Genossen" selbst bei der Nasen nehmen.

**Semperit**

## Kampfankündigung wahrnehmen!

von Michael Gehrmacher,  
SOV-Gewerkschaftssprecher

Spätestens als Conti bekanntgab, 2 der 4 Millionen PKW-Reifen in Zukunft in Tschechien herstellen wollen, hätten mit Betriebsbesetzung und Streik reagieren müssen. Stattdessen wurden Arbeitsplätze abgebaut. Vertreter des Betriebsratsmeisters, die Leute ohnehin freiwillig kündigten werden um in den Genius von Abfertigung und Sozialplänen zu kommen.

Den Beschäftigten ist kein Vorwurf zu machen, aber für ÖGB und SPÖ ist es beschämend, wenn sich Androsch wieder einmal als Retter von Arbeitsplätzen aufspielen kann. Schließlich hat er als CA-Chef Semperit - Kampf um jeden Arbeitsplatz - unter Druck zu setzen, wurde abgelehnt. Die SOV wird sich natürlich trotzdem mit vollem Elan im Komitee einbringen.

Wir führen ein Gespräch mit ei-

nem Beschäftigten von Semperit. zt gegen die internationales Prozesse. Die Arbeiter wären Teilhaber bei einem international isolierten Werk und dürften dafür noch mit ihrem hart erarbeiteten Geld zahlen. Es geht darum, gegen internationales Gegeneinanderzu spielen. Lohndrückerei und Sozialabbau zu kämpfen. Ein Hauptpunkt dabei muß die Weigerung jedes Conti-Beschäftigten, Produktion eines anderen Contistandorts zu übernehmen sein.

In der Südböhmenregion haben KPÖ, GLB, SOV, NO-Arbeitsloseninitiative sowie verschiedene andere linke Gruppen ein Solidaritäts-Komitee gegründet. Die Unterschriftenliste des ÖGB wird kritisch unterstützt.

Der SOV-Vorschlag, den ÖGB durch eine breite Kampagne „Semperit - Kampf um jeden Arbeitsplatz“ unter Druck zu setzen, wurde abgelehnt. Die SOV wird sich natürlich trotzdem mit vollem Elan im Komitee einbringen.

Wir führen ein Gespräch mit ei-

nem Beschäftigten von Semperit.

**Vorwärts: Wie ist momentan die Stimmung im Werk?**

**Semp:** Schlecht. Die Leute sind frustriert, haben Angst um ihren Arbeitsplatz. Vor allem die Arbeiter, die - wie ich - noch nicht so lange im Betrieb sind, fühlen sich akut betroffen. Manche Mitarbeiter haben auf Angst nicht einmal die ÖGB-Aktion unterstützt.

(Unterschriftenliste, Anm.)

Spätestens als Conti bekanntgab, 2 der 4 Millionen PKW-Reifen in Zukunft in Tschechien herstellen wollen, hätten mit Betriebsbesetzung und Streik reagieren müssen. Stattdessen wurden Arbeitsplätze abgebaut. Vertreter des Betriebsratsmeisters, die Leute ohnehin freiwillig kündigten werden um in den Genius von Abfertigung und Sozialplänen zu kommen.

Den Beschäftigten ist kein Vorwurf zu machen, aber für ÖGB und SPÖ ist es beschämend, wenn sich Androsch wieder einmal als Retter von Arbeitsplätzen aufspielen kann. Schließlich hat er als CA-Chef Semperit - Kampf um jeden Arbeitsplatz - unter Druck zu setzen, wurde abgelehnt. Die SOV wird sich natürlich trotzdem mit vollem Elan im Komitee einbringen.

Wir führen ein Gespräch mit ei-

nem Beschäftigten von Semperit.

**Vorwärts: Wie ist das Verhältnis zum Betriebsrat?**

**Semp:** Die zu weiche Verhandlungslinie ist auch auf den Druck zurückzuführen, der auf die Belegschaft ausgewürgt wurde und die Belegschaft ausgewürgt wurde. Die Leute wären wahrscheinlich zu Kampfmaßnahmen bereit, würde der Betriebsrat dazu aufrufen. Diesen beschäftigt aber mehr die Aushandlung eines „Sozialplans“ für die zu Kün-

digenden. Viele kritisieren den man-

geligen Informationsfluß zwischen

Betriebsrat und Belegschaft.

**Vorwärts: Wird es beim drohenden Abtransport von Maschinen Widerstand geben, wie es gegen die Konzernelemente?**

**Semp:** Natürlich ist im Werk keiner gut auf die zu sprechen. Denn jeder weiß, daß Conti nur aus Profitier Arbeitsplätze vernichten will. Dementsprechend ist die

Stimmung im Werk „bewacht“.

Es wird hängt von der Unterstützung der Politiker ab.

**Vorwärts: Wird es beim drohenden Abtransport von Maschinen Widerstand geben, wie es gegen die Gewerkschafter und die Politiker angekündigt haben?**

**Semp:** Hier müßte man die Politiker

beim Wort nehmen. Im Werksurlaub

scheiden sich von Arbeitern, die die

Maschinen im Werk „bewachten“.

Ob es wirklich massiven Widerstand

gegeben wird, hängt von der Unterstützung der Politiker ab.

**Vorwärts: Wird es beim drohenden Abtransport von Maschinen Widerstand geben, wie es gegen die Gewerkschafter und die Politiker angekündigt haben?**

**Semp:** Natürlich ist im Werk keiner

gut auf die zu sprechen. Denn jeder

weiß, daß Conti nur aus Profitier

Arbeitsplätze vernichten will. Dementsprechend ist die

Stimmung im Werk „bewacht“.

Es wird hängt von der Unterstützung der Politiker ab.

**Vorwärts: Wird es beim drohenden Abtransport von Maschinen Widerstand geben, wie es gegen die Gewerkschafter und die Politiker angekündigt haben?**

**Semp:** Hier müßte man die Politiker

beim Wort nehmen. Im Werksurlaub

scheiden sich von Arbeitern, die die

Maschinen im Werk „bewachten“.

Ob es wirklich massiven Widerstand

gegeben wird, hängt von der Unterstüt

zung der Politiker ab.

**Vorwärts: Wird es beim drohenden Abtransport von Maschinen Widerstand geben, wie es gegen die Gewerkschafter und die Politiker angekündigt haben?**

**Semp:** Natürlich ist im Werk keiner

gut auf die zu sprechen. Denn jeder

weiß, daß Conti nur aus Profitier

Arbeitsplätze vernichten will. Dementsprechend ist die

Stimmung im Werk „bewacht“.

Es wird hängt von der Unterstüt

zung der Politiker ab.

**Vorwärts: Wird es beim drohenden Abtransport von Maschinen Widerstand geben, wie es gegen die Gewerkschafter und die Politiker angekündigt haben?**

**Semp:** Natürlich ist im Werk keiner

gut auf die zu sprechen. Denn jeder

weiß, daß Conti nur aus Profitier

Arbeitsplätze vernichten will. Dementsprechend ist die

Stimmung im Werk „bewacht“.

Es wird hängt von der Unterstüt

zung der Politiker ab.

**Vorwärts: Wird es beim drohenden Abtransport von Maschinen Widerstand geben, wie es gegen die Gewerkschafter und die Politiker angekündigt haben?**

**Semp:** Natürlich ist im Werk keiner

gut auf die zu sprechen. Denn jeder

weiß, daß Conti nur aus Profitier

Arbeitsplätze vernichten will. Dementsprechend ist die

Stimmung im Werk „bewacht“.

Es wird hängt von der Unterstüt

zung der Politiker ab.

**Vorwärts: Wird es beim drohenden Abtransport von Maschinen Widerstand geben, wie es gegen die Gewerkschafter und die Politiker angekündigt haben?**

**Semp:** Natürlich ist im Werk keiner

gut auf die zu sprechen. Denn jeder

weiß, daß Conti nur aus Profitier

Arbeitsplätze vernichten will. Dementsprechend ist die

Stimmung im Werk „bewacht“.

Es wird hängt von der Unterstüt

zung der Politiker ab.

**Vorwärts: Wird es beim drohenden Abtransport von Maschinen Widerstand geben, wie es gegen die Gewerkschafter und die Politiker angekündigt haben?**

**Semp:** Natürlich ist im Werk keiner

gut auf die zu sprechen. Denn jeder

weiß, daß Conti nur aus Profitier

Arbeitsplätze vernichten will. Dementsprechend ist die

Stimmung im Werk „bewacht“.

Es wird hängt von der Unterstüt

zung der Politiker ab.

**Vorwärts: Wird es beim drohenden Abtransport von Maschinen Widerstand geben, wie es gegen die Gewerkschafter und die Politiker angekündigt haben?**

**Semp:** Natürlich ist im Werk keiner

gut auf die zu sprechen. Denn jeder

weiß, daß Conti nur aus Profitier

Arbeitsplätze vernichten will. Dementsprechend ist die

Stimmung im Werk „bewacht“.

Es wird hängt von der Unterstüt

zung der Politiker ab.

**Vorwärts: Wird es beim drohenden Abtransport von Maschinen Widerstand geben, wie es gegen die Gewerkschafter und die Politiker angekündigt haben?**

**Semp:** Natürlich ist im Werk keiner

gut auf die zu sprechen. Denn jeder

weiß, daß Conti nur aus Profitier

Arbeitsplätze vernichten will. Dementsprechend ist die

Stimmung im Werk „bewacht“.

Es wird hängt von der Unterstüt

zung der Politiker ab.

**Vorwärts: Wird es beim drohenden Abtransport von Maschinen Widerstand geben, wie es gegen die Gewerkschafter und die Politiker angekündigt haben?**

**Semp:** Natürlich ist im Werk keiner

gut auf die zu sprechen. Denn jeder

weiß, daß Conti nur aus Profitier

Arbeitsplätze vernichten will. Dementsprechend ist die

Stimmung im Werk „bewacht“.

Es wird hängt von der Unterstüt

zung der Politiker ab.

**Vorwärts: Wird es beim drohenden Abtransport von Maschinen Widerstand geben, wie es gegen die Gewerkschafter und die Politiker angekündigt haben?**

**Semp:** Natürlich ist im Werk keiner

gut auf die zu sprechen. Denn jeder

weiß, daß Conti nur aus Profitier

Arbeitsplätze vernichten will. Dementsprechend ist die

Stimmung im Werk „bewacht“.

Es wird hängt von der Unterstüt

zung der Politiker ab.

**Vorwärts: Wird es beim drohenden Abtransport von Maschinen Widerstand geben, wie es gegen die Gewerkschafter und die Politiker angekündigt haben?**

**Semp:** Natürlich ist im Werk keiner

gut auf die zu sprechen. Denn jeder

Europäische Union

# International gegen Sozialabbau



*Es waren wohl richtungweisende Ereignisse, die den Ausdruck "französische Verhältnisse" zum Schreckgespenst bürgerlicher Politik und zum Symbol für Widerstand werden ließen. Ganz klar: Es gibt Gegenwehr gegen den EU-Sozialabbau a la Maastricht!*

von Franz Breiter jun.,  
SOV-Regionalgruppe  
Oberösterreich

Was sind die Hintergründe der jetztigen sozialen und wirtschaftlichen Situation, des Abbaus des Sozialstaates, des Abbaus von Arbeitsschutzbestimmungen und des Protestes gegen diese Kennzeichen europäischer Politik? Die Räder des imperialistischen EU-Blocks greifen nicht so recht ineinander, wie es sich die Bürgerlichen vorstellen. Der Kapitalismus befindet sich weltweit in einer Niedergangphase.

## Vereinigungstendenzen

Eine relativ lange Zeitspanne - vom Ende der 40er bis in die Mitte der 70er Jahre - war der europäische Kapitalismus stabil und im wesentlichen durch einen Aufschwung gekennzeichnet, der durch keine scharfen Abwärtsbewegungen unterbrochen wurde. In dieser Zeit wurden der Wohlfahrtstaat ausgebaut und große Zugeständnisse an die Arbeitnehmerklasse - oft sogar kampflos -

strukturen. Diesen "Ballast" will es los werden. Der Preis dafür bzw. das Risiko dabei ist, den "sozialen Frieden" der Nachkriegsära zu verlieren. Die EU und der Maastricht-Vertrag koordinieren die Angriffe auf den Lebensstandard der abhängigen Massen!

Nach der Rezession '92/'93 weiß die EU-Bourgeoisie um die Gefahren, die eine zukünftige Krise in sich birgt. Die EU-Länder haben im Durchschnitt die höchsten Staatsverschuldungen seit 150 Jahren (mit Ausnahme der Kriegsperiode). Diese Schuldenberge binden einen großen Teil des Sozialprodukts, von dem v.a. das Finanzkapital profitiert. Der Wohlfahrtsstaat und die sozialen Transferleistungen um Banks und Spekulanten zu bedienen - werden attackiert. Die Bourgeoisie hat von ihrem Standpunkt aus vollkommen rechtfertigt, Sozialabbau zu betreiben. Hier steckt der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Gegenüber, Streiks und Demos sind die logische Reaktion. Wie man bald sehen wird, haben sich viele zu früh vom Klassenkampf verabschiedet! Diese Kämpfe gegen Bildungsklau, "Pensionse," Privatisierungen und allgemeinen Sozialabbau markierten den Wiederaufstieg breiter Schichten der Werktagen und mit ihr der Jugend in soziale und politische Auseinandersetzungen.

**für ein Europa der ArbeitnehmerInnen**

Auch ist die derzeitige Qualität der Kämpfe - neben der objektiven Lage der gesamten Arbeitnehmerbewegung - wichtig: Der Widerstand richtet sich (noch) gegen die AUSWIRKUNGEN des Systems, jetzt die Maastricht-Konvergenzkriterien, die als Vorwand für die Sozialdemontage gebracht werden. Man verteidigt den Sozialstaat, so noch etwas übrig bleibt der Vollstrecker, die Unternehmer, bürgerliche oder "sozialdemokratische" Regierungen.

Das Bewußtsein, daß die Ursache dafür die kapitalistische Profitwirtschaft ist, wächst langsam wieder

gemacht. Offensichtlich hat sich das Blatt gewendet: Der Gesamtrend seit 20 Jahren abwärts - selbst kleinere Abschwübe lassen die Arbeitslosenziffern und Defizite explodieren. Die Steuerleistung der Unternehmer sinkt ständig, und die Summe der Gesamtverschuldung steigt. Wachstum gibt es in erster Linie in nichtproduktiven Spekulationssektoren durch die gewaltige Aufblüfung des Kapital- und Aktienmarktes, während der größte Teil des industriellen Sektors sich in einer tiefen strukturellen Krise befindet. In Österreich werden hier z.B. mindestens 15.000 bis 20.000 Arbeitsplätze jährlich für immer vernichtet, der "Standard" nennt für die Zukunft sogar Zahlen von bis zu 100.000 Jobs. In einer klassischen Industrieregion wie der Steiermark bedeutet das, daß bereits jede dritte Einwohner arbeitslos gefährdet ist. Die Arbeitnehmerklasse ist in ganz Europa mit massivem Sozialabbau und wachsenden Vereinigungstendenzen konfrontiert.

## Teure Arbeitskräfte

In diesem Konkurrenzkampf hat das EU-Kapital im Vergleich zu NAFTA/USA und dem Japan-dominierten Asien-Block den "Standortnachteil". Teure Arbeitskräfte und eine auf die Profite drückende, von der ältesten Arbeitnehmerbewegung der Welt erkämpfte soziale Infra-

struktur. Diesen "Ballast" will es los werden. Der Preis dafür bzw. das Risiko dabei ist, den "sozialen Frieden" der Nachkriegsära zu verlieren. Die EU und der Maastricht-Vertrag koordinieren die Angriffe auf den Lebensstandard der abhängigen Massen!

Die Ereignisse der letzten Zeit werfen Fragen auf und fordern Schluss-

folgerungen ein, die elementar sind! Erstens die der Parteien: Welche Führungen haben die ArbeitnehmerInnen in ihrem Kampf? Die traditionellen Kräfte (hauptsächlich die Sozialdemokratie) sind es nicht mehr. Sie führen selbst in vielen Ländern die Konterreformen durch. Aber es entstehen "neue" Formen der Aktivierung und Organisierung, denn ArbeiterInnen und Jugendliche suchen danach. Basiskomites, oppositionelle Strömungen in den linkeren Gewerkschaften, kleine Parteien und Bündnisse sind mancherorts in durchaus fortgeschrittenem Stadium. Aber auch hier liegen die entscheidenden Schritte noch bevor: Nämlich sich gegen die meiste sozialdemokratischen Apparate, die versuchen, den Protest vor der Strafe wegzubringen, durchzusetzen und konkrete Erfolge zu erzielen.

Unser Ziel ist die Einführung der Linken, was letztlich die Voraussetzung zum Aufbau einer neuen sozialistischen Massenpartei ist - international!

## Die ruhigen Zeiten sind vorbei

Auch ist die derzeitige Qualität der Kämpfe - neben der objektiven Lage der gesamten Arbeitnehmerbewegung - wichtig: Der Widerstand richtet sich (noch) gegen die AUSWIRKUNGEN des Systems, jetzt die Maastricht-Konvergenzkriterien, die als Vorwand für die Sozialdemontage gebracht werden. Man verteidigt den Sozialstaat, so noch etwas übrig bleibt der Vollstrecker, die Unternehmer, bürgerliche oder "sozialdemokratische" Regierungen.

Das Bewußtsein, daß die Ursache

dafür die kapitalistische Profitwirtschaft ist, wächst langsam wieder

heran. Damit ist auch die Möglichkeit gegeben, die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Alternative zum Kapitalismus, einer demokratischen, sozialistischen Gesellschaft in Bewußtsein der Arbeitnehmerklasse und der Jugend zu verankern.

Es gilt vor allem jetzt, dem Europa des Kapitals das Europa der ArbeitnehmerInnen und der Jugend gegenüberzustellen!

Was sind die Hintergründe der jetztigen sozialen und wirtschaftlichen Situation, des Abbaus des Sozialstaates, des Abbaus von Arbeitsschutzbestimmungen und des Protestes gegen diese Kennzeichen europäischer Politik? Die Räder des imperialistischen EU-Blocks greifen nicht so recht ineinander, wie es sich die Bürgerlichen vorstellen. Der Kapitalismus befindet sich weltweit in einer Niedergangphase.

## Vereinigungstendenzen

Eine relativ lange Zeitspanne - vom Ende der 40er bis in die Mitte der 70er Jahre - war der europäische Kapitalismus stabil und im wesentlichen durch einen Aufschwung gekennzeichnet, der durch keine scharfen Abwärtsbewegungen unterbrochen wurde. In dieser Zeit wurden der Wohlfahrtstaat ausgebaut und große Zugeständnisse an die Arbeitnehmerklasse - oft sogar kampflos -

# Widerstand in Europa

## Belgien:

In Belgien fanden in den letzten Jahren zwei Generalstreiks des öffentlichen Dienstes statt. Auch hier ist bereits enorme Militanz wahrzunehmen. So z.B. im LehrerInnenstreik im französischsprachigen Teil, der Wallonie. Gewerkschaftlich organisierte und organisierte nahmen an den direkten Kämpfen teil, lokale Streikkomites entwickelten sich, 27 landesweite Demos fanden statt. Am 2. April sollte das Parlament den Entwurf der Kürzungen im Schulwesen (rigide Streichungen der Mittel und ca. 3000 Entlassungen) verabschieden. ArbeitnehmerInnen, LehrerInnen stellten Posten auf, die die Parlamentarier daran hindern sollten, ins Gebäude zu gelangen. Die Polizei griff brutal ein. Auch am 10. Mai wurden in Lüttich, bei einer 15.000 Mann/Frau-starke Demo, viele verletzt. Am ersten Mai vergangenen wütende Metallarbeiter einem führenden Sozialdemokraten die Mai-Rede: Sie liefern ihr nicht auf das Podium!

Anstatt die Arbeitslosigkeit (in ganz Belgien 500.000) zu bekämpfen, läßt die SP-dominierte Regierung unter Premier Daahen die Polizei marschieren und herrscht mit erweiterten, Notstandsverordnungen gleichen, Maßnahmen!

## Schweden:

Die 1994 wieder an die Macht gekommene sozialdemokratische SAP führte das Land weiter in den sozialen Ruin. Für den wirtschaftlichen, strukturellen Niedergang sorgt der Kapitalismus (nicht nur in Europa, sondern auch weltweit) ja selbst. Im ehemaligen Vorzeigemodell eines sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates schnelle die Arbeitslosigkeit rapide in die Höhe, Verarmung macht sich breit. Doch auch hier ta-

scha, LehrerInnen und Eltern erklären sich solidarisch. Die Pläne würden damals zurückgezogen.

1995 weiteten sich die Bewegungen aus: Insgesamt fast eine Million Menschen, vor allem aus dem Niedriglohnbereich, streikten. Wütende Beschäftigte erkannnten richtig: "Die SAP schafft ihr eigenes Grab!" Diese Kämpfe spiegelten sich auch zwischen und innerhalb der SAP und den Gewerkschaften wider. Es brechen immer stärker Kämpfe auf, die (linken) Gewerkschaftsflügel stehen in Opposition zum SAP-Kurs. 1996 fanden sich in Stockholm Demos gegen den Kahlshagl im Spitalsgebäude. Gegen die Pläne der SAP geführten Stadtregierung (20%ige Budgetkürzung, 6.000 Entlassungen) zeigten Tausende wieder einmal, daß

es Fraktionskämpfe zwischen rechten Bürokraten und kämpferischen Aktivisten. Erst als die KP-Gewerkschaft CGT im Dezember Zuständigkeiten und Rückzüge der Regierung annahm, gelang es ihr, den Streik abschwellen zu lassen. Doch der überwiegende Großteil der Streikenden sah diesen Abbruch als "Einfrieren des Streiks", nicht als sein Ende! "Wir kommen wieder" war der Grundton.

## Frankreich:

Der bisherige Höhepunkt der Bewegung gegen EU-Sozialabbau war zweifelsfrei die Streikwelle in Frankreich im Spätherbst/Winter 1995. Die Kahlshagl-Pläne des konservativen Premiers Juppe brachten das Faß zum Überlaufen.

Die Demos waren die größten seit dem Mai '98, mancherorts gar seit den Dreißigern. Dem gingen LehrerInnenproteste, Unruhen unter den EisenbahnerInnen und auch der Air-Franse-Streik in der jüngsten Vergangenheit voraus. Obwohl es kein richtiger Generalstreik (nicht einmal im öffentlichen Dienst) war, legte die Bewegung das Land und den Wirtschaftsablauf lahm! Die potentielle Stärke der Arbeitnehmerklasse ist eben heute (un)vorstellbar groß!

Die Sozialdemokratie hatte keinen Einfluss. Sie war gegen den Streik und für den Juppe-Plan. An vorderster Front standen die Gewerkschaften. Sie bildeten das organisatorische Rückgrat. Doch nur, weil die ArbeitnehmerInnen die Bürokratie vor sich hertrieben. Eine Polarisation, die auch den Rest der Bevölkerung durchzog, fand natürlich auch in den diversen Gewerkschaften statt. Erste Anzeichen von Basisgruppen und relevanten Oppositionsverbänden wurden sichtbar. Auch nach den Streiks



Eurosozialabbauer unter sich

und tun sich Widerstand auf: Bereits drei Monate nach der Wahl '94 streikten zügig Jugendliche gegen den Bildungskahlshagl. Geplante Stipendienkürzungen um ein Viertel, Streichung der Arbeitssemestrale für Jugendliche unter 20 etc. führten an mehreren Orten zu ersten Zugeständnissen der verängstigten Regierung, die diese anzunehmen und daraufhin den Kampf zu blockieren und zu beenden. Wach-

größere soziale Explosionen bevorstehen. Die Rolle der derzeitigen Gewerkschaftspolitik wird kurz- und mittelfristig entscheidend sein. Die Gewerkschaften, v.a. des Dachverband LO, versuchen, sobald es erste Zugeständnisse der verängstigten Regierung gibt, diese anzunehmen und daraufhin den Kampf zu blockieren und zu beenden. Wach-

größere soziale Explosionen bevorstehen. Die Rolle der derzeitigen Gewerkschaftspolitik wird kurz- und mittelfristig entscheidend sein. Die Gewerkschaften, v.a. des Dachverband LO, versuchen, sobald es erste Zugeständnisse der verängstigten Regierung gibt, diese anzunehmen und daraufhin den Kampf zu blockieren und zu beenden. Wach-

# Mit Rassismus gegen Gewalt

Vorwärts führte folgendes Interview über aktuelle Entwicklungen beim Verein Rapid mit Reini Ruzicka. Reini ist Rapidanhänger und aktiv bei SOV und JRE. Er hat die Initiative „Rapidfans gegen Rechts“ ins Leben gerufen.

V: Die Krone hatte unlängst eine Schlagzeile: „Rapid kämpft gegen Türkenbelagerung“.

R.R.: Das war wegen des Championsliga-Spiels gegen Fenerbahce, Istanbul. Eine Schlagzeile ist kompletter Blödsinn, alleine schon, weil viele Rapid-Fans auch Jugendliche der „2. Generation“ sind. Solche Stände schämen die Auseinandersetzung zwischen „österreichischen“ und „türkischen“ Jugendlichen.

V: Rapid verkaufte in Österreich nur an österreichische Staatsbürgern Karten für dieses Spiel. So soll Gewalt angeblich verhindert werden.

R.R.: Klar ist, daß es im Rapidanhang auch Rechtsradikale gibt - für



im Sport, wie die Championsliga?

RR: Der Kommerz regiert total. Spieler sind nur Anlagekapital - da geht es inzwischen um völlig wahn-

es, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

den Istanbuler Club kann ich dazu nichts sagen. Aber davon geht die Gefahr aus, und das wird von den Rapidverantwortlichen immer ignoriert. Mit dieser Art des Kartenverraufs macht man das, was Rechtsradikale politisch immer fordern, und leistet damit auch ihren Aktionen Vorschub. Das ist also ein unangenehmes Mittel, um Gewalt zu verhindern.

V: Und wie könnte man das tun?

R.R.: So jedenfalls nicht. Aber es gibt kein Altheilmittel, weil die Wurzeln des Problems tiefer liegen. Mittel wie Stationarverbot für bekannte (rechtsradikale) Randalierer werden z.B. nicht wirklich durchgezogen.

V: Rapid verkaufte in Österreich nur an österreichische Staatsbürgern Karten für dieses Spiel. So soll Gewalt angeblich verhindert werden.

R.R.: Klar ist, daß es im Rapidan-

## In eigener Sache

### Wofür wir kämpfen

**Nein zu jedem Sozialabbau für eine Umverteilungsoffensive von oben nach unten!**

■ Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustrie und Großkonzernen. Sofortige Einführung eines Mindestlohns von €5.13.000,- netto!

■ Für eine Ausbildungsoffensive. Keine Kirchensteuer, Bildungsbereich.

■ Nein zu Wohnungsmut! Enteignung der Spekulanten!

■ Für einen echten Kampf gegen die Umweltzerstörung. Das bedeutet Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Oko“-Steuern, die in Wirklichkeit nur ArbeitnehmerInnen und soziale Schwäche treffen.

**Nein zur Spaltung von ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen**

■ Wir kämpfen für die volle politische, soziale und gesellschaftliche Gleichberechtigung aller ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen.

■ Schlüß mit der doppelten und dreifachen Unterdrückung und Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.

### TERMINE

- 18.9.: „Maastricht - Pro und Contra“ mit Heinz Miko von der SPÖ-Bildung, Gewerkschaftsstämmitsch.
- 18.9.: „Eine Perspektive für Europa?“, Ortsgruppe Wien Mitte
- 20.9.: „Warum die SOV wählen?“, Ortsgruppe Wien Nord
- 24.9.: „Gewerkschaft um EU - Chance oder Niederlage?“ mit Manfred Groß vom GLB, Ortsgruppe Wien West
- 26.9.: „EU-Wahl“ eine Diskussion mit Vertretern anderer Parteien, Landesgruppe Niederösterreich
- 27.9.: „Bildungsabbau in Europa“, Ortsgruppe Wien Ost in Wien 11, Hugo 8
- 28.9.: „EU-Sozialabbau vor allen für Frauen, Landesgruppe Oberösterreich in Wels, Alter Schlachthof, Dragonerstr.22 um 17 Uhr

### Ortsgruppen der SOV

Du willst nicht nur unsere Zeitung lesen, sondern mit uns diskutieren? Dann komm in eine der Ortsgruppen der SOV. Oder ruf uns an: 0222/597 0 432

#### Wien

##### Ortsgruppe Wien Mitte:

jeden Mittwoch 19 Uhr  
Amerlinghaus 7; Stiftg.8

##### Ortsgruppe Wien Süd:

gemeinsam mit der Ortsgruppe Wien Mitte

##### Ortsgruppe Wien West:

jeden Dienstag 19 Uhr 30  
Club International 16, Payerg.14

##### Ortsgruppe Wien Nord:

jeden Freitag 19 Uhr

JETZT AKTIV WERDEN!

**Wir lassen Dich nicht mit Deinem Boß allein!**

Der direkte Draht zur Sozialistischen Offensive Vorwärts einfach anrufen!

0222 / 524 63 10

**Kampffonds aktuell**



von Sonja Grusch



## StudentInnen

### „Frei“fahrt

Durch das Sparpaket verlieren StudentInnen jeglichen Anspruch auf Freifahrt für Öffentliche Verkehrsmittel. Die Wiener Linien haben „mit allen möglichen geschmeidigsten Angebot für Hochschüler auf diese Situation reagiert“. Maß haben sie dabei jedoch nicht an StudentInnen genommen, die diese durchschnittlich unter der Armutsgrenze leben.

Eine Monatsnetzkarte für Studierende wird €5.470,- kosten, das bedeutet im Vergleich zur „normalen“ Monatskarte eine Ermäßigung um €5.30,-. Eine Semesterkarte wird €5.1880,- kosten, das bedeutet, daß ein Jahr (2 Semesterkarten zu je 5 Monaten und 2 Monatskarten) auf €5.470,- kommt. Eine „normale“ Jahreskarte: €5.470,-. Ersparnis 0%!

Die größte finanzielle Belastung kommt auf StudentInnen aus NÖ und dem Burgenland zu. Wenn diese nach Wien pendeln, müssen sie in Zukunft Volltarif zahlen.

**Unsere Lösung: Nulltarif für alle auf den Öffis!**

es, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V: Wie beurteilst Du Entwicklun-

en, wenn Rapid in der

Championsliga gewonnen hat nurmehr: Rapid ist wieder näher an den wenigen Millionen.

V

September/Okttober 1996

Solidaritätspreis: öS 20.-

# VORWÄRTS

# Frauen

Sozialistisch ★ Antifaschistisch ★ International

öS 8.-

Zeitung der Sozialistischen Offensive Vorwärts

erscheint seit 1983

Nummer 67

# Schluß mit der Diskriminierung!

In Zeiten wirtschaftlicher Krise, in Zeiten des „Sparens“ wird versucht, Frauen verstärkt in ihre „traditionelle“ Rolle zurückzudrängen. Dabei hatte die SPÖ im Wahlkampf 1995 noch einiges für Frauen übrig: „Wir werden nicht zulassen, daß Frauenrechte mißachtet werden“. Bald darauf wurde ein Sparpaket beschlossen, das für Frauen einiges an Einsparungen übrig hatte.

wird die Notstandshilfe gestrichen.

von Claudia Sorgo,  
SOV-Frauenstammitsch

Heim und Herd?

Dabei ist die Situation auch ohne zusätzliche Einsparungen schon deprimierend genug.

Der Abstand der Löhne von Frauen und Männern hat sich in Österreich bloß geringfügig verkleinert. Im Jahr 1994 verdienten ArbeitnehmerInnen monatlich durchschnittlich öS 12.800,- brutto; ihre männlichen Kollegen durchschnittlich öS 19.650,-. Bei den Angestellten ist der Unterschied noch extremer. Weibliche Angestellte verdienten durchschnittlich öS 17.300,- brutto, männliche Angestellte öS 28.200,-. 1994 verdienten noch 310.000 ArbeitnehmerInnen in Österreich weniger als öS 12.000,- brutto. Davon waren 195.000 Frauen (Teilzeitarbeitsplätze auf Normalarbeitszeit umgerechnet).

Gleichzeitig mit dem Sparpaket im März 1996 kündigte die Regierung eine „Beschäftigungsoffensive“ an. Doch die Maßnahmen des Sparpakets gehen genau in die entgegengesetzte Richtung.

**Frauen: Mehr Arbeitslose...**

In Zeiten von Rezession und Umstrukturierungen in den Betrieben sind Frauen - und nicht nur die schlecht qualifizierten - meist die ersten, die ihren Arbeitsplatz verlieren. Im Juni 1996 lag die offizielle Arbeitslosenquote von Frauen mit 6,1 % deutlich über jener der Männer (4,8 %). Dazu kommt, daß Frauen länger arbeitslos sind und leichter aus der Statistik fallen. Frauen bekommen weniger Arbeitslosengeld und Notstandshilfe als Männer. Wenn der Ehemann zuviel verdient,

...weniger Unterstützung

Eine neue Regelung im Arbeitslosenversicherungsgesetz sieht vor, daß Personen, die bisher nur Teilzeit gearbeitet haben, jetzt auch einen Ganztags-Arbeitsplatz annehmen müssen. Ansonsten wird das Arbeitslosengeld gestrichen. Wer keine Betreuungseinrichtung für das Kind findet, hat so keine Chance auf Arbeit. Verschärft wird diese Situation durch die Kürzung der Karenzzeit von 24 auf 18 Monate. Beim Arbeitsmarktservice werden Frauen in Zukunft noch mehr unter Druck gesetzt, wenn wend laienhafte „psychologische“ Befunde geschlechtspezifische Probleme herausgefunden werden sollen. Dazu zählen „Betreuungspflichten“ oder eine Ausbildung in „typischen Frauenberufen“. Auch hier droht Streichung der Notstandshilfe.

**Bedarf an Haushaltshilfen?**

Die SPÖ, vertreten durch Bundesgeschäftsführerin Gitti Ederer, zeigte den Frauen Frauenbeschäftigungssprogramme „der Zukunft“: Über „Dienstleistungsschecks“ vom Arbeitsmarktservice sollten zwar sozialversicherte, dafür außerst preiswerte Haushaltshilfen angeheuert werden können. Dadurch könnten auch höherqualifizierte Frauen nach längerer Arbeitslosigkeit in derartige Jobs gedrängt werden. Der Vorschlag fand immerhin Unterstützung durch die SPÖ-Bundesfrauensekretärin Andrea Kunzl, die laut eigener Aussage „den großen Bedarf an Haushaltshilfen aus ihrem Bekanntenkreis“ kennt (zwei Fliegen mit einem Putzlappen?).

In der Familienpolitikdebatte kommt verstärkt zum Ausdruck, welchen Platz die Frau einzunehmen hat. ÖVP-Klubobmann Khol verweist Frauen immer wieder an ihren Platz zu Hause bei den Kindern. Gleichzeitig macht er sich stark für den gekürzten Karenzanspruch bei Alleinerzieherinnen.

Im EU-Parlament will Karl Habsburg mit „Tugenden wie Treue, Liebe, Glaube, Anstand und Scham“ die Familie erhalten. Er tritt auch, so wie Khol, für ein Familiensplitting-Steuermodell ein, das im Gegensatz zur Individualbesteuerung das gesamte Familieneinkommen besteuern soll. Die Auswirkung davon wäre, daß Frauen trotz generell niedrigeren Löhnen dann mehr Steueraufkommen hätten, da die Steuer zwischen den Ehepartnern aufgeteilt würde. Das würde zu einer größeren finanziellen Abhängigkeit der Frauen von den Männern führen.

Kein Wunder, daß dieses Steuermodell auch von der FPÖ vehement eingefordert wird. Jörg Haider findet in seinem Buch „Die Freiheit, die ich meine“ deutliche Worte zur Rolle der Frau in der Gesellschaft. Seiner Meinung nach sollten Frauen verstärkt der ihnen biologisch zugedachten Rolle als Mutter nachkommen, denn „die feministische Illusion von der Selbstverwirklichung der Frau und Mutter im Beruf hat sich als verhängnisvoller Irrtum erwiesen.“

**Gleichbehandlung?**

In all dem spiegelt sich ein europaweiter Trend wieder. Gleichbehandlung zählt in der EU nur dann, wenn sie der Wirtschaft zugutekommt, wie etwa bei der Aufhebung des Nacht-



Frauen: Immer noch weniger Lohn für gleiche Arbeit!

arbeitsverbotes. So hat der EG-Ministerrat zwischen 1975 und 1986 fünf Richtlinien zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern erlassen. Die reale Entwicklung: Das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern hat in den EU-Staaten nicht ab, sondern zunommen. In den meisten Mitgliedsländern beträgt das Einkommen der Frauen drei Viertel des männlichen Verdienstes.

Frauen werden verstärkt gesellschaftlichem Druck ausgesetzt, der in vielen Fällen verhindert, daß sich Frauen zur Wehr setzen. Wer Angst hat, den Arbeitsplatz zu verlieren und zusätzlich noch mit konservativer Ideologie in eine bestimmte Rolle gedrängt wird, nimmt selbst die gesetzlich verankerten Schutzbemühungen zuwenig in Anspruch (wie z.B. den Gang zur Gleichbe-

handlungskommission).

**Heim an den Herd?**

Es ist notwendig, aufzuzeigen, welche Auswirkungen diese Entwicklung auf die Situation der Frauen hat. Frauen werden verstärkt von Männern abhängig gemacht, und in Zeiten wirtschaftlicher Krise werden Frauen und Männer gegeneinander ausgespielt. Steigende Arbeitslosigkeit, fehlende Kinderbetreuung und weitere Einsparungen werden dadurch „gelöst“, daß Frauen an „ihren“ Platz an Heim und Herd zurückverwiesen werden. Dagegen müssen wir uns wehren und organisieren! Mit dem „SOV-Frauenstammitsch“ wollen wir uns für unsere Interessen stark machen!

## 1. Veranstaltung des Frauenstammisches:

„Zurück an Heim und Herd? - Frauen in der EU“  
Sa 14.9. ab 15 Uhr im Siebenstern (7, Siebensternsgasse 31) mit Diskussion, Kabarett, Musik

**9.10. „International gegen Sozialabbau“ - Wien-Schweizer Haus**